

Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

Stand: 18.09.2023

mit Änderungen aus Berlin, Besigheim, BaWü, Erlangen, Flensburg, Kassel,
Singen-Radolfzell, Rhein-Sieg, Wuppertal und von Einzelpersonen

(im Fließtext fett markiert)

Prolog.....	2
<i>Globalisierung heute.....</i>	<i>2</i>
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	5
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	6
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	7
Eine andere Globalisierung ist möglich	7
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – Steuergerechtigkeit durchsetzen!	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	9
Finanzmärkte regulieren.....	9
Steuergerechtigkeit herstellen.....	9
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	10
2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal	10
2.1. Was ist das Problem?.....	10
2.2. Was will Attac?.....	12
2.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	12
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken!.....	13
3.1. Was ist das Problem?.....	13
3.2. Was will Attac?.....	13
3.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	14
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	14
Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden	14
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	14
Die Deutsche Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	14
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	14
Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern.....	15
4. Krieg und Militarisierung.....	15
4.1. Was ist das Problem?.....	15
4.2. Was will Attac?.....	16
Zivile Konfliktlösung.....	16
Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen.....	16
Bewegungen weltweit stärken.....	16
5. Soziale Sicherheit für alle.....	17

5.1. Was ist das Problem?.....	17
5.2. Was will Attac?.....	18
5.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	18
Solidarische Bürgerversicherung.....	18
Daseinsvorsorge nicht privatisieren.....	19
Solidarische Städte.....	19
6. Flucht/Migration.....	19
6.1. Was ist das Problem?.....	19
6.2. Was will Attac?.....	20
6.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	20
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	20
7.1. Was ist das Problem?.....	21
7.2. Was will Attac?.....	21
7.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	21
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik.....	21
Anders wirtschaften und konsumieren.....	21
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	22
Böden schützen – Landschaften erhalten.....	22
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	25
9.1. Was ist das Problem?.....	25
9.2. Was will Attac?.....	25
9.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	26
Epilog.....	26
<i>Eine andere Welt ist nötig und möglich.....</i>	26

7 Prolog

Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien, kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene: Wir leben in Zeiten großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen **kapitalistischen** Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung der Welt billigend in Kauf nimmt.

Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem guten Leben für alle streben, die der neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren Ausdruck in **friedlichem und** solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und für Ernährungssouveränität, **antikapitalistischen Bewegungen**, Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und vielen anderen. Gemeinsam sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts- und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

26

27 **Globalisierung heute**

28 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist
29 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und
30 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige
31 Globalisierung geschieht auf Kosten von Mensch und Umwelt. Produktions- und Lieferketten
32 werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Raubbau
33 zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich das Gefühl der
34 Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

35 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen
36 Ländern zu einer schwindelerregenden, obszönen Ungleichheit geführt.
37 Extreme Armut, Hunger und vermeidbare Krankheiten sind immer noch weit
38 verbreitet. Und nicht nur die soziale, auch die Geschlechterungleichheit ist
39 elementarer Bestandteil der bisherigen Globalisierung, gar eine ihrer Voraussetzungen.
40 Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich dominierter Gesellschaften zurück,
41 die FLINTA*s (*Frauen, Lesben, intersexuelle Menschen, nicht-binäre Menschen, trans Menschen,*
42 *agender Menschen*) weiterhin benachteiligen und diskriminieren. **Mit der** Globalisierung verbreitet
43 **sich** Naturzerstörung über den gesamten Planeten. Gleichzeitig werden die ökologischen Folgen des
44 Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einem begrenzten Planeten schlicht nicht möglich
45 ist, ignoriert. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich zu multiplen Krisen der
46 Globalisierung.

47 **Alles wird zur Ware**

48 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante
49 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
50 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen, in der globalen Konkurrenz ihre
51 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen,
52 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. **Staaten machen es zu ihrem ureigensten Anliegen,**
53 **die Chancen „ihrer“ Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu verbessern:**
54 Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche Dienstleistungen
55 privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und zum Beispiel mittels Freihandelsabkommen, offene Märkte
56 hergestellt.

57 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die
58 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto
59 **rationaler und effizienter** funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine
60 Wohlstand. **Faktisch schwächt diese Politik jedoch alle gesellschaftlichen Bereiche, die nicht**
61 **unmittelbar Profit bringen, wie öffentliche Dienstleistungen, und insbesondere die**
62 **Einrichtungen, die die gesellschaftlichen Schwächeren vor den Zugriffen der Besitzenden**
63 **schützen. Die Interessen der Unternehmen dominieren das staatliche Handeln.**

64 **Neoliberalismus als Wirtschaftssystem bedeutet:** Es sollen nicht nur Konsumgüter auf Märkten
65 gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht, die Umwelt zu zerstören, und
66 vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie ermöglicht Kommunikation
67 in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu beigetragen, dass sich eine
68 Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die Kommunikations- und
69 Vertriebsplattformen verfügen, immer besser in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Interessen
70 durchzusetzen. **Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird in den nächsten Jahren die**
71 **Arbeitswelt nachhaltig verändern und zu weiteren Rationalisierungen führen.**

72 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
73 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
74 nur kleine Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und
75 Leistungskürzungen des Staates bedeuten zum Beispiel, dass für viele Betreuungs- und
76 Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden muss. Nur Reiche
77 können sich einen armen Staat leisten. FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen
78 mehr betroffen als Männer, da die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge
79 und Pflege vornehmlich von ihnen geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass weiblich
80 gelesene Personen durch unbezahlte Arbeit fehlende öffentliche Dienstleistungen ersetzen.

81 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt **bestimmt das Handeln der**
82 **Politik – in demokratisch verfassten sowie in staatskapitalistischen Staaten und Staaten mit**
83 **autokratisch-feudalen Strukturen.** Märkte sind die zentralen gesellschaftlichen Räume, in denen
84 sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde soll einbezogen werden, keine
85 Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben: Die ganze Welt soll zur Ware
86 werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung von Sextourismus, **Menschen-**
87 **und Organhandel.**

88 ***Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn***
89 ***einzelne Staaten den Aufstieg schaffen***

90 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
91 Globalisierung fortgesetzt. **Unter Globaler Süden fassen wir alle Menschen, die im globalen**
92 **System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Positionen haben. Sie**
93 **leben überwiegend, aber nicht nur, in den arm gemachten Ländern des Südens, sondern auch**
94 **unter prekären Lebensbedingungen in den industrialisierten Ländern des Nordens. Globaler**
95 **Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte Position und umfasst damit**
96 **beispielsweise auch die Mächtigen und Reichen in den arm gemachten Ländern des Südens.**
97 Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen Akteur nichts Wesentliches
98 geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen Staaten, die andere
99 Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und Investitionsschutzregime hat koloniale
100 Abhängigkeiten in **neokoloniale** transferiert. Den meisten arm gemachten Ländern des Südens
101 wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen – von dem Internationalen Währungsfonds und der
102 Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (*World Trade Organisation*), die
103 beispielsweise die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale **Handels- und**
104 **Investitionsschutzabkommen.** Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt
105 und Menschenrechten durchgesetzt. Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und
106 Umweltauflagen in Asien und auf anderen Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne
107 ihnen darin nachgefolgt. Die Länder des Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als
108 Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

109 **Sowohl die Großmächte USA und China als auch die Europäische Union** sichern den Prozess
110 der Durchsetzung des globalen Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organi-
111 sationen und Verträge, aber auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkur-
112 rieren sie um die Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche
113 Ressourcen. **Auch die übrigen BRICS-Staaten versuchen, ihre wirtschaftliche und politische**
114 **Macht zu vergrößern. Dagegen verlieren globale Institutionen zunehmend an Einfluss.**
115 **Rechtspopulistische, nationalistische Politik wie „Amerika First“ wird immer dominanter.**
116 **Eine multipolare Welt auf Grundlage des Völkerrechts gerät auf's Abstellgleis.**

117
118 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre

119 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu
120 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein.
121 Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine
122 Konkurrenz im System **des globalen Kapitalismus. Eine Konkurrenz, in der die unipolare**
123 **Dominanz und Vorherrschaft der USA jedoch immer deutlicher unter Druck gerät. China**
124 **positioniert sich vor allem in den arm gemachten Ländern des Südens als politische**
125 **Alternative und Gegenmacht, zum Beispiel durch Gründung der Asiatischen**
126 **Infrastrukturinvestment Bank (AIIB) 2015 als Konkurrenz zur Weltbank und zum IWF, die**
127 **vom Westen dominiert werden.**

128 Den armen Ländern des geographischen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die
129 politischen Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten.
130 Zumal vielen dieser Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte
131 aufgezwungen wurde, während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen
132 entspricht. In vielen Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass
133 Menschen zu Flucht und Migration gezwungen sind.

134 **Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu**
135 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit auch innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
136 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
137 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberale **Lüge** herausgestellt.
138 Menschen werden in soziale Verhältnisse hineingeboren und verfügen damit über unterschiedliche
139 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine
140 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie
141 der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, Menschen nicht. Viele sehen
142 sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als Care-
143 Arbeiterinnen in den Städten reicher Länder. Die Globalisierung bietet Menschen, die zuvor wegen
144 ihres Geschlechts oder aus anderen diskriminierenden Gründen kaum Zugang zu ausreichend
145 bezahlter Erwerbsarbeit fanden, neue Chancen. Da Globalisierung die Möglichkeiten der
146 Subsistenzproduktion einschränkt, schafft sie jedoch auch neue Abhängigkeiten.

147 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
148 Anlagemöglichkeiten für immer riesigere Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
149 wurde eine gigantische Umverteilung betrieben: Geld aus den öffentlichen Haushalten, also sowohl
150 von den Steuerzahler*innen als auch von jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind,
151 landete in großem Umfang in den Kassen von **Finanzunternehmen** und ihren superreichen
152 Nutznießer*innen.

153 **Die Gewalt der Globalisierung**

154 Gerade für die arm gemachten Länder des Südens bedeutet Globalisierung Gewalt. Den
155 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF (*Internationaler Währungsfond*) und
156 Weltbank sind, insofern sie regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch
157 den Bildungssystemen vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts
158 des Patentschutzes etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

159 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen
160 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der arm gemachten Länder geprägt von Landraub,
161 Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und großflächiger Zerstörung ökologischer
162 Lebensgrundlagen. Die darin verwickelten transnationalen Konzerne bleiben dabei straffrei. In
163 vielen Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher Arbeitsschutz wird verweigert. Die

164 **Verfolgung bis hin zur** Ermordung von Gewerkschafter*innen und Menschenrechtsverteidiger-
165 *innen sind an der Tagesordnung.

166 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns
167 hier in den reichen Ländern bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser Leben mit
168 diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben ist. Das ist das Werk der neoliberalen
169 Globalisierung.

170 Deren integrale geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und
171 die Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts. Das zeigt sich beispielsweise durch
172 Abtreibungsverbote, aber auch durch Femizide, also die Ermordung von weiblich
173 gelesenen Personen, als extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt.

174 **Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten**
175 Der Wachstumszwang treibt die Globalisierung an. Der Gewalt gegen die Natur
176 und den Planeten sind so immer weniger Grenzen gesetzt. Die Welt wird immer
177 mehr zur Ware. Dadurch wird die Ausbeutung der Natur scheinbar legitimiert
178 und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.

179 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie
180 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten
181 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des
182 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an
183 der Natur längst in Sichtweite und teilweise schon überschritten.

184 Die daraus resultierende Klimakatastrophe beginnt bereits jetzt Menschenleben zu fordern;
185 unzählige drohen zu folgen. Zudem hat schon ein gigantisches Artensterben seinen Anfang
186 genommen, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben kann.

187 **Die Krise der neoliberalen Globalisierung**

188 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges
189 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur
190 gelungen, von dem andere Staaten abhängig sind. Konzerne, die über digitale Kommunikations-
191 und Vertriebsplattformen verfügen, haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in
192 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus erscheint inzwischen in unterschied-
193 lichen Staatsformen. Neben neoliberalen, stärker demokratisch geprägten Varianten tritt er auch in
194 Form staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

195 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden
196 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie weiter an Glaubwürdigkeit verloren. Von der Klima-
197 bewegung und den schieren klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt inzwischen
198 auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler Marktradikalismus
199 eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die neoliberale Politik nicht nur
200 die Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den demokratischen Handlungsspielraum
201 nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten von ökonomischen Interessen
202 abgebaut, zum Beispiel durch Freihandelsabkommen. Entsprechend gilt auch: Extreme
203 soziale Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung gefördert und hervorgebracht
204 wird, destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle Demokratien heute in einer
205 Krise. Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist gut, wenn es mit der Forderung
206 nach Demokratisierung und solidarischen Lösungen verbunden ist, und verheerend, wenn es

207 mit dem Ruf nach autoritären und rassistischen Lösungen einhergeht. Rechtspopulistische und
208 rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise, um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.

209 ***Abkehr vom Neoliberalismus?***

210 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche
211 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen
212 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen
213 sich hierzu gezwungen, um die Folgen zu reduzieren und auch um soziale Proteste einzuhegen.

214 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung **aber** in
215 erster Linie ein Weiter-so: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den
216 arm gemachten Ländern des Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.
217 Privatisierungen werden forciert und sogenannte moderne Freihandelsverträge abgeschlossen, die
218 demokratische Kontrollmechanismen **aushebeln**. Staatlich gefördertes „grünes“ Wachstum und
219 marktconforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der
220 Klimakrise propagiert, obwohl längst klar sein sollte, dass der profitorientierten Globalisierung
221 planetare Grenzen gesetzt sind, die ein weiteres globales Wachstum untragbar machen.

222 ***Eine andere Globalisierung ist möglich***

223 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen
224 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es
225 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,
226 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

227 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
228 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
229 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
230 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

231 Menschen streiten auch in Attac mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen
232 gerechten Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen
233 koloniale Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische
234 Unterdrückung. Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle
235 statt Reichtum für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

236 **Themenfelder**

237 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – Steuergerechtigkeit** 238 **durchsetzen!**

239 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch
240 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die Regulierung dieser Märkte und **Maßnahmen**
241 **gegen die ungleiche Vermögensverteilung sind** zentrale Anliegen von Attac seit seiner
242 Gründung.

243 **1.1. Was ist das Problem?**

244 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
245 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
246 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
247 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
248 (Bretton Woods). Seitdem haben Staaten wenig Möglichkeiten, internationalen

249 Finanzspekulationen entgegenzuwirken. Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und
250 Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen umfassende Regulierungen der Finanzmärkte
251 verhindern.

252 Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichumsverteilung das Volumen an
253 anlagesuchendem Kapital. **In Deutschland haben politische Maßnahmen wie die Senkung des**
254 **Spitzensteuersatzes, die Verschonung reicher Erben vor Steuerzahlungen und das Aussetzen**
255 **der Vermögenssteuer diesen Trend befördert.** Um **das Kapital** anzulocken, wurde die Kontrolle
256 von grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und
257 Handelsbeschränkungen für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue
258 Finanzanlagen. Währungen, Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten-
259 und Sozialversicherungsfonds wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der
260 Spekulation. Die Folge: Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender.
261 Die Auswirkungen der Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen
262 auch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und
263 verschärfen in den betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

264 Die Instabilität der globalen Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer
265 Finanzmarktakteur*innen bei, unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“
266 Kreditvergaben, Investitionen in Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des
267 Banken- und Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im
268 Rahmen von „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche
269 Ressourcen wie Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der
270 Risikoabsicherung durch staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie
271 öffentliche Dienstleistungen sind in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich,
272 den sie nicht ihrer Profitlogik unterwerfen wollen.

273 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
274 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt
275 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
276 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

277 Im Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
278 Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große
279 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds
280 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
281 der Wirtschaft.

282 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in
283 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die
284 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an, **auch durch Militärausgaben.**

285 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und
286 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die
287 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen **und Haushaltskürzungen** einleiten. Inmitten der
288 Krise 2020 – 2022 kürzten fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen
289 Ausgaben im eigenen Land, Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg.
290 Damit wurden die Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch
291 die Folgen der Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen
292 Süden dramatisch.

293 **1.2. Was will Attac?**

294 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss
295 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als Wertaufbe-
296 wahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen,
297 ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite machen
298 wollen und Krisen produzieren.

299 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,
300 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

301 **Auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft hat ein gerechtes,**
302 **nachhaltiges und resilientes Steuersystem, das zu einer wirksamen Umverteilung führt, eine**
303 **zentrale Bedeutung. Die extreme Vermögens- und Einkommensungleichheit muss**
304 **reduziert werden. Dies erfordert eine transparente Gesetzgebung die die Steuerlast weg von**
305 **der Arbeit, von niedrigen und mittleren Einkommen, hin zu Vermögen, überdurchschnitt-**
306 **lichem Verdienst und Kapitalerträgen verlagert.**

307 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche
308 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein, und sie dürfen
309 nicht dazu führen, dass einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer
310 Gläubiger*innen fallen.

311 **1.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

312 ***Finanzmärkte regulieren***

313 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer
314 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot
315 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung
316 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des
317 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem
318 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung
319 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.
320 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen
321 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens
322 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu
323 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten
324 Nationen (*Nachhaltigkeitsziele*) umzusetzen.

325 ***Steuergerechtigkeit herstellen***

326 **Eine Reform des gesamten Steuersystems ist notwendig. Sofort umsetzbar wären eine stark**
327 **progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen mit Erhöhung der**
328 **Spitzensteuersätze, die Reform der Erbschaftsteuer, die Einführung der Finanztrans-**
329 **aktionssteuer, die Reaktivierung der Vermögenssteuer sowie einer Abgabe auf sehr große**
330 **Vermögen und vieles andere mehr.**

331 ***Kredite für soziale und ökologische Projekte***

332 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu
333 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den
334 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

335 **Schulden streichen**

336 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – zum Beispiel ein Schuldenmoratorium für die
337 ärmsten Länder - haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein
338 internationales, transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten
339 Nationen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zugute
340 kommen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im aktuellen Koalitions-
341 vertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck aufzubauen, um dies
342 wirklich in Angriff zu nehmen.

343 **International handeln**

344 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale
345 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass die Freiheit der Investor*innen
346 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten
347 internationalen Handelns. **Es soll auch über eine zumindest EU-weite Harmonisierung der**
348 **Besteuerung von Unternehmen nachgedacht werden, um die Auslagerung von Unternehmen**
349 **in Gebiete mit geringer Besteuerung zu verhindern und Steuerflucht zu bekämpfen. Das**
350 **internationale Wirtschaftsrecht soll so umgestaltet werden, dass alle Shareholder von**
351 **Unternehmen und Institutionen für die von ihnen verursachten gesundheitlichen,**
352 **ökologischen und sozialen Schäden nicht nur in Höhe der jeweiligen Einlagen, sondern des**
353 **gesamten privaten Vermögens haften**

354 **2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal**

355 Die neoliberale Globalisierung hat die Welt an ihre ökologischen Grenzen gebracht. Produktion und
356 Transport immer größerer Warenströme, die in immer kleinteiligeren Lieferketten unter Ausnutzen
357 niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards hergestellt werden, haben die
358 Klimakatastrophe und den Verlust der Artenvielfalt vorangetrieben. Der Gegensatz von Reich und
359 Arm wurde innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten verschärft. Der ökonomische
360 Gegensatz zwischen reichen Industrieländern und rohstoffexportierenden armen Ländern hat sich –
361 mit wenigen Ausnahmen - wieder verstärkt. Ein wichtiger Treiber der neoliberalen Globalisierung
362 sind multi- und bilaterale Handelsabkommen, die auf völkerrechtlicher Ebene ein liberales
363 Regelwerk etablieren.

364 **2.1. Was ist das Problem?**

365 Das neoliberale Handelssystem setzt auf Zurückdrängen von staatlicher Regulierung, Öffnung
366 von Märkten, Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen; es dynamisiert
367 Wachstum um jeden Preis und schadet Mensch und Umwelt.

368 Eine zentrale Rolle bei der weltweiten Durchsetzung dieser Handelsregeln spielt die 1994
369 gegründete Welthandelsorganisation WTO. Im Interesse einflussreicher Industrienationen und
370 global agierender Konzerne wurde ein liberales Handelsregime institutionalisiert, das für
371 die Unterzeichnerstaaten völkerrechtliche Geltung hat. Mit ihren drei Kernabkommen GATT,
372 GATS und TRIPS zielt die WTO im Wesentlichen auf Liberalisierung des Warenhandels durch
373 Zollsenkungen (GATT), auf Marktöffnung und Liberalisierung auch von öffentlichen
374 Dienstleistungen (GATS) sowie den Schutz von geistigem Eigentum (TRIPS).

375 Die Verpflichtung zu Marktzugang und Zollsenkungen beim Handel mit Gütern (GATT)
376 schränkt insbesondere für arm gemachte Länder die Möglichkeiten ein, ihre Industrie und ihre
377 Landwirtschaft vor der Konkurrenz globaler Konzerne zu schützen und wirft sie auf die Rolle
378 von Rohstofflieferanten zurück. GATS (Handel mit Dienstleistungen) engt die staatliche

379 Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf zulässige innerstaatliche Regulierungen ein. So
380 dürfen in den liberalisierten Dienstleistungssektoren Gesetze und Verordnungen nur erlassen
381 werden, wenn sie keine „unnötigen Hemmnisse für den Handel mit Dienstleistungen
382 darstellen“ (GATS Art. VI, 4). Das heißt, staatliche Regulierungen im Interesse des
383 Gemeinwohls treten hinter Vermarktungsinteressen zurück. Das TRIPS-Abkommen wiederum
384 sichert die Profitinteressen von Konzernen, indem es zum Beispiel Patente auf Medikamente
385 zwanzig Jahre lang vor billigeren Generika schützt und verhindert, dass Menschen mit
386 notwendigen Medikamenten versorgt werden.

387 Ein machtvolles Instrument der WTO ist ihr Streitbeilegungsmechanismus zur Regelung
388 zwischenstaatlicher Handelskonflikte. Alleinige Entscheidungsgrundlage für die Urteilsbildung
389 ist das WTO-Handelsrecht. Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen oder Umweltschutz
390 stellen keine Entscheidungskategorien dar. Im Gegenteil: Nachhaltigkeitsziele können ganz im
391 Interesse von Konzernen als Handelshemmnisse interpretiert werden.

392 Da die WTO nicht als Organ der Vereinten Nationen gegründet wurde, ist sie auch nicht an
393 deren multilaterale Arbeits-, Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsabkommen gebunden.

394 Die EU strebt seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsabkommen an und geht damit sogar über
395 die Liberalisierungsregeln der WTO hinaus. Von besonderer Bedeutung sind die
396 Freihandelsabkommen der neuen Generation, auch "WTO-plus-Abkommen" genannt. Prototyp
397 ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

398 Abkommen dieses Typs integrieren die WTO-Bestimmungen und fügen weitere Elemente
399 hinzu, die die staatliche Regulierungsrechte und parlamentarische Gesetzgebungshoheit
400 einschränken:

401 - So sind in diesen Verträgen Ausschusssysteme („*Gemischte Ausschüsse*“/*Joint Committees*
402 *mit diversen Sonderausschüssen*) installiert, die im Interesse des fortlaufenden Abbaus von
403 technischen, sozialen oder ökologischen Handelshemmnissen mit weitreichenden Kompetenzen
404 ausgestattet sind. Zusammengesetzt aus Mitgliedern der EU-Kommission und der Regierung
405 des jeweiligen Vertragslandes können die Ausschüsse bindende Beschlüsse fassen, ohne das
406 EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten beteiligen zu müssen. Ihre
407 Entscheidungsbefugnisse betreffen Fragen von erheblicher Tragweite, etwa zur
408 Vertragsänderung, zur Regulierung des Finanzsektors oder zur Zulassung von Agrochemie.

409 - Ausländischen Investoren resp. transnationalen Konzernen werden Sonderklagerechte gegen
410 Staaten eingeräumt. Im Wege von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) können diese ihre
411 Gaststaaten unter Umgehen von nationalem Recht vor einem sog. Investitionsgerichtssystem
412 (ICS) auf Entschädigungszahlung verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch schärfere
413 Regulierungen beeinträchtigt sehen. Den umgekehrten Klageweg von Staaten oder Bürgern
414 gegen Konzerne sieht diese Sonderjustiz nicht vor.

415 - Auch die Liberalisierungspflichten für öffentliche Dienste wie Wasser, Energie oder ÖPNV
416 gehen in den EU-Handelsverträgen über das Niveau der WTO hinaus. Mit dem Verbot der
417 Priorisierung lokalen Wirtschaftens oder dem Zugriff auf die öffentliche Beschaffung sind
418 klima- und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler
419 Wertschöpfungskreisläufe erheblich beschränkt.

420 Trotz der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Krisen enthält keiner der bislang
421 ausverhandelten oder ratifizierten Freihandelsverträge der EU wirksame Mechanismen zur

422 Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Klimazielen. Der Handel mit
423 klimaschädlichen Produkten wie fossilen Energien oder Autos ist dagegen sanktionsbewehrt
424 durch zwischenstaatliche Streitbeilegungsmechanismen geschützt.

425 Nicht zuletzt fördern besagte Freihandelsabkommen neokolonialen Extraktivismus, bei dem die
426 reichen Länder des Nordens Rohstoffe aus den arm gemachten Ländern des Südens ausbeuten.
427 Auch „grüner Extraktivismus“ zur Rohstoffbeschaffung für die europäische Energiewende
428 zählt dazu. Neokolonialer Extraktivismus zwingt Länder des globalen Südens in die Position
429 von Rohstofflieferanten, was ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung
430 behindert und mit verheerenden Folgen für die Umwelt, das Klima und Menschenrechte
431 einhergeht.

432 **2.2. Was will Attac?**

433 Attac fordert eine Kehrtwende in der Handelspolitik und setzt sich ein für eine gerechte,
434 ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung mit gleichberechtigter internationaler
435 Zusammenarbeit und demokratischen Wirtschaftsstrukturen. Diese räumt den Interessen von
436 Menschen und Gemeinschaften, den universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer
437 sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung, guten Arbeitsbedingungen und der Bewahrung
438 der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor Profitinteressen ein.

439 - Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die
440 Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Nachhaltigkeitsziele
441 (*Sustainable Development Goals, SDGs*) müssen verbindliche und sanktionierbare Vorgaben
442 der internationalen Handelspolitik sein. Entsprechend muss die WTO perspektivisch aufgelöst
443 werden. Die internationalen Handelsregeln sind auf UN-Ebene auszuhandeln und zu
444 beschließen.

445 - Handelsabkommen, die staatliche Regulierungsrechte gegenüber der Wirtschaft beschränken
446 und die Gesetzgebungshoheit von Parlamenten aushebeln, dürfen nicht mehr abgeschlossen
447 werden. Bestehende Verträge dieser Art sind neu zu verhandeln oder zu kündigen.
448 Sonderklagerechte für Konzerne und ausländische Investoren gegen Staaten müssen
449 abgeschafft werden.

450 - Die Ausweitung des Welthandels mit energieintensiven Transportwegen muss zurückgefahren
451 werden und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. **Dies gilt insbesondere
452 für den Anbau und die Verarbeitung von *Lebensmitteln*. Wir sind
453 für eine regionale Landwirtschaft, die Förderung kleiner und
454 mittlerer Höfe und gegen eine Agrarindustrie.**

455 - **Das internationale politische System, das Völkerrecht, das internationale Handels- und
456 Steuerrecht und der Umgang mit den internationalen globalen Regionen außerhalb
457 nationaler Territorien (Arktis, Antarktis, Ozeane) muss unter Einbeziehung aller in den UN
458 vertretene Nationen weiterentwickelt werden, um für die bevorstehenden ökologischen und
459 klimatischen Veränderungen demokratische und sozial verträgliche politische Lösungen zu
460 finden. Dazu gehört auch die Unterwerfung aller UN-Mitgliedsstaaten sowie international
461 agierender Konzern und Institutionen unter die Gerichtsbarkeit internationaler
462 demokratisch konstituierter Gerichtshöfe.**

463 **2.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

464 - Wir kämpfen für die Abwehr neoliberaler Freihandelsabkommen der EU und suchen das Bündnis
465 mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Klimabewegung und Gewerkschaften.

466 - Wir setzen uns ein für einen verbindlichen UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von
467 Unternehmen (*Binding Treaty*) und fordern die Bundesregierung auf, aktiv für ein offizielles EU-
468 Verhandlungsmandat zu einem verbindlichen UN-Abkommen einzutreten.

469 - Zugleich engagieren wir uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu
470 verpflichtet, Menschen, Klima und Umwelt entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen.

471 **3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken!**

472 "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich
473 einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein
474 gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen
475 zugängliche öffentliche Infrastruktur.

476 **3.1. Was ist das Problem?**

477 Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
478 öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
479 teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser und
480 Verkehrsunternehmen. Die Bahn wurde inklusive Schienennetz in ein privatrechtliches
481 Unternehmen in öffentlicher Hand umgewandelt. Bei sogenannten Public-Private-Partnerships
482 (PPPs) geht die öffentliche Hand in unterschiedlichen Formen langfristige wirtschaftliche
483 Beziehungen mit Privatunternehmen ein, um öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann
484 in Form der Beteiligung von privaten Unternehmen an öffentlichen Unternehmen sein, in Form von
485 langfristigen Verträgen, bei denen Private öffentliche Gebäude oder Infrastruktur errichten und
486 diese an staatliche Einrichtungen „vermieten“, oder in Form einer kompletten Übertragung
487 öffentlicher Aufgaben an Private. PPPs können als Teilprivatisierung gesehen werden, sind aber
488 vor allem deshalb problematisch, weil sie Privaten langfristige Profite bei der Erstellung von
489 öffentlichen Dienstleistungen auf Kosten der Bürger*innen garantieren.

490 Auch vor den Sozialversicherungssystemen hat der Privatisierungswahn nicht Halt gemacht. In
491 manchen Ländern wurden sie komplett privatisiert. In Deutschland wurden Elemente
492 kapitalgedeckter Systeme in das umlagefinanzierte System eingefügt.

493 Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
494 Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging
495 es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende, Versicherungen, Banken sowie Pensions- und
496 Staatfonds zu schaffen, die gute und abgesicherte Renditen garantieren.

497 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden
498 billiger und besser werden. Eine weitere Begründung war der Abbau der Staatsverschuldung und
499 eine Verringerung der Schuldenlast für die öffentliche Hand. Statt zu besseren und billigeren
500 Dienstleistungen kam es oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich
501 Privatisierungen vor allem für Kapitalanleger*innen. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind
502 private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt.

503 Neoliberale Freihandelsabkommen, die EU-Verträge und WTO-Regeln haben durch
504 Liberalisierungsverpflichtungen Privatisierungen befördert und erschweren es auch,
505 Privatisierungen rückgängig zu machen. Investitionsschutzabkommen wiederum sichern durch
506 Sonderklagerechte für Konzerne diese Gewinne ab und erschweren oder verhindern
507 Vergesellschaftungen.

508 **3.2. Was will Attac?**

509 Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu gehören **unter anderem**
510 Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Bereiche des
511 Wohnungsmarktes sowie digitale Infrastruktur. Nur so kann die Grundversorgung und Teilhabe für
512 alle gesichert werden. Eine Profitorientierung hat hier nichts verloren, weil sie dazu führt, dass
513 notwendige Leistungen schlecht erbracht oder ganz vorenthalten werden oder die Infrastruktur nicht
514 hinreichend instandgehalten wird.

515 Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein wesentliches Element bei der
516 sozial-ökologischen Transformation sein. Öffentliche Unternehmen müssen dabei stärker als in der
517 Vergangenheit demokratisch gestaltet sein. Es reicht nicht aus, wenn politische Mandats-
518 träger*innen in Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig sind,
519 also Mieter*innen bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer*innen im Energiebereich und
520 Patient*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten
521 sowie Umwelt- und Sozialverbände. Dafür müssen an die jeweiligen Betriebszwecke angepasste
522 Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt die strategischen
523 Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der Gruppen andere übergehen kann. Die
524 Unternehmen sollten nicht privatrechtlich organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form,
525 beispielsweise als Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr gemeinwohlorientierter Unternehmenszweck
526 muss gesichert sein und sie müssen dauerhaft vor Privatisierung geschützt sein.

527 **3.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

528 ***Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und*** 529 ***Wohnungsunternehmen vorantreiben***

530 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf
531 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der
532 Wasserversorgung, verhindert oder rückgängig gemacht werden. Inzwischen werden sogar
533 Stadtwerke und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine erfreuliche
534 Entwicklung, die aber bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen müssen
535 demokratisiert und ausgerichtet an sozialen und ökologischen Prinzipien geführt werden.

536 ***Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden***

537 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem durch Fallpauschalen, Zuzahlungen und die
538 Privatisierung von Kliniken muss umgehend rückgängig gemacht werden. Art und Umfang einer
539 medizinischen Behandlung muss sich ausschließlich am Bedarf orientieren und nicht an Kosten
540 oder Profitmöglichkeiten. Notwendige Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich
541 finanziert werden. Mit der Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, privatisierte
542 Krankenhäuser müssen wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

543 ***Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten***

544 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und
545 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb
546 muss Bildung - im Wesentlichen öffentlich organisiert und finanziell wie personell gut ausgestattet
547 - allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.

548 ***Die Deutsche Bahn demokratisieren, nicht privatisieren***

549 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene
550 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut sowie günstig und barrierefrei zu nutzen ist. Dies kann eine
551 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss,

552 nicht leisten; ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche
553 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-
554 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen
555 Entscheidungen beteiligt werden.

556 **Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst**

557 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten
558 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um gute Dienstleistungen erbringen zu
559 können.

560 **Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen 561 erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern**

562 Viele Freihandelsabkommen enthalten Regelungen, die durch Liberalisierungsverpflichtungen
563 Marktöffnungen erzwingen und Privatisierungen Vorschub leisten. Deutschland bzw. die EU
564 müssen solche Abkommen verlassen oder sie kündigen. Investitionsschutzabkommen, die
565 Sonderklagerechte für Konzerne vorsehen (ISDS oder ICS), verhindern unter anderem auch die
566 Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen. Damit untergraben sie das
567 Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, demokratisch über die Form zu bestimmen, in der
568 überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das
569 Gesundheitswesen organisiert werden.

570 **4. Krieg und Militarisierung**

571 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter
572 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen
573 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von
574 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und
575 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

576 **4.1. Was ist das Problem?**

577 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und
578 Verletzten an den Fronten. Sie richten sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen
579 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und
580 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle **Geschlechterrollen** gewinnen **wieder** an Bedeutung,
581 die Rechte von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen
582 müssen fliehen und werden ausgegrenzt.

583 **Die Globalisierung hat den Krieg verändert.** Innerstaatliche **militärische** Konflikte haben massiv
584 zugenommen – oft **geprägt durch** Spätfolgen der Kolonialisierung **und neoliberale Politik**. Viele
585 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in arm gemachten Ländern des Südens häufig
586 auch ökonomischen Zwängen. **Interventionen in Bürgerkriege haben sich laut des**
587 **Friedensforschungsprojekts UCDP innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte vervielfacht.** Die
588 weiter andauernden Kriege im Jemen oder in Syrien zeigen, wie Konflikte zu **Verbrechen**
589 unglaublichen Ausmaßes eskaliert werden, statt dezentrale und selbstbestimmte Lösungen vor Ort
590 zu ermöglichen. War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA
591 und ihrer Kriege dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um
592 neuen Einfluss ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht, ihren Weltmachtstatus mit allen
593 wirtschaftlichen und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten, und die Konkurrenz mit China um
594 Einflussphären und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen.
595 **Die seit der Jahrtausendwende andauernde Aufrüstung verschärft sich seit dem russischen**

596 **Angriff auf die Ukraine erneut drastisch. Die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie**
597 **dienen auch zur militarisierten Abwehr Geflüchteter und zum Ausbau gewaltsamer**
598 **innenpolitischer Repression. Die Kosten von Kriegen und Rüstung sind enorm. Die**
599 **Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs erscheint so hoch wie lange nicht mehr.**

600 Die **Bedeutung und die Macht des Militärs** zeigt sich auch beim Klimaschutz: Als einziger Sektor
601 ist das Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal
602 erwähnt. Dabei sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig. Militär
603 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder
604 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind
605 **auch eine ökologische Notwendigkeit.**

606 **4.2. Was will Attac?**

607 Es braucht **eine multilaterale und demokratische Weltordnung** und zivile Konfliktlösungen. **Als**
608 **Bildungsbewegung klären wir über die Gefahren der militärischen Logik und über**
609 **Möglichkeiten für eine solidarische und gewaltfreie Globalisierung auf.**

610 Sicherheit muss neu gedacht werden: Die **enormen Mittel**, die für **Krieg und Aufrüstung**
611 aufgewendet werden, sollten genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakrise, und um ein gutes
612 Leben für alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für
613 alle und vielfältige Kunst und Kultur.

614 **4.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

615 ***Zivile Konfliktlösung***

616 Internationale Organisationen müssen ausgebaut werden und präventiv **versuchen**, Konflikte zu
617 verhindern. **Neben einer Stärkung der Vereinten Nationen müssen auch regionale**
618 **Sicherheitsarchitekturen geschaffen werden**, um frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen
619 zu finden. Dem steht der deutsche Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden.
620 Als EU- und NATO-Mitglied ist Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert.
621 Militärische **Block-Bündnisse wie die NATO sollten von Systemen hinreichender gemeinsamer**
622 **Sicherheit für alle ersetzt werden.** Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und
623 stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

624 ***Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen***

625 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik
626 wird militärisch abgesichert und durchgesetzt. Infolge der neoliberalen Neuordnung der Welt
627 nehmen Konflikte zu, denn die ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen trägt
628 zu Krieg und Terrorismus bei. Durch unsere grundsätzliche Globalisierungskritik stellen wir daher
629 **eine wesentliche Grundlage von Kriegen in Frage. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist**
630 **eine wichtige Grundbedingung für eine friedlichere Welt. Der Einsatz für ein Ende der**
631 **Ausbeutung arm gemachter Länder und für soziale Rechte für alle, zum Beispiel in der**
632 **Handelspolitik, beugt auch militärischen Konflikten vor.**

633 ***Bewegungen weltweit stärken***

634 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen **überall auf der Welt**, die gegen Krieg, Aufrüstung und
635 Militarisierung auf die Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Unser Protest
636 gegen **Krieg** ist global – nationalistische Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab, **und wir**
637 **bemühen uns um den Abbau von Vorurteilen und Ressentiments.** Die Beteiligung an Kriegen
638 und militärischer Gewalt skandalisieren wir öffentlich und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das
639 Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an. **Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung**

640 **und Fahnenflucht muss uneingeschränkt gelten. Wer deshalb verfolgt wird, hat ein Recht auf**
641 **Asyl.**

642 **Globale Abrüstung**

643 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
644 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
645 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut **oder wiederbelebt** werden, insbesondere unterstützen wir den
646 Atomwaffenverbotsvertrag.

647 Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den Angriffen der Türkei auf die
648 kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen beteiligt. Stattdessen braucht es
649 eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion. **Seit dem russischen Angriff auf**
650 **die Ukraine** wird die Aufrüstung Deutschlands **in einem vorher nicht durchsetzbaren Maß**
651 massiv vorangetrieben. Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

652 **5. Soziale Sicherheit für alle**

653 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und
654 zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine wesentliche
655 Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums
656 ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme. **Mit Aufgaben**
657 **der Daseinsvorsorge darf kein Gewinn erzielt werden.**

658 **5.1. Was ist das Problem?**

659 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
660 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
661 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
662 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, die immer ungerechter
663 wird.

664 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
665 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen
666 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (wie aus einem eigenen Betrieb, einer Vermietung etc.) auch
667 Einkommen aus den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils
668 aus Steuern und teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie
669 die Höhe der Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn
670 bei der Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale
671 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

672 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte **höhere Löhne und ein Mindestmaß an**
673 **sozialer Sicherheit gegen Unternehmen und Staat** erkämpft. **Diese Erfolge wurden aber -**
674 insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften - von antisozialer
675 Politik wieder zurückgedrängt und abgebaut; so auch im Zuge der neoliberalen Globalisierung, **um**
676 **die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU zu verbessern. Ein Beispiel ist die**
677 **Absenkung der gesetzlichen Altersrente. Gleiches gilt für die Leistungen der öffentlichen**
678 **Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel der Umfang der Leistungen im Gesundheitswesen.**

679 **Jedoch:** Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem
680 unterstellten Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn
681 eine lange, meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde
682 liegt. Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut

683 betroffen. **Die erzeugte Armut soll und kann mit dem bestehenden Sicherungssystem nicht**
684 **abgeschafft werden, sie wird nur systemkonform verwaltet.** Menschen ohne gültigen
685 Aufenthaltsstatus sind gänzlich vom Zugang zum Sozialsystem ausgeschlossen. Sorgearbeit,
686 wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege, wird heute immer noch in
687 erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht bezahlt. **Unser**
688 **Gesellschaftssystem wirkt nicht integrativ, sondern ausgrenzend. Menschen mit einer**
689 **Behinderung erhalten oft zu wenig Unterstützung, um am gesellschaftlichen Leben**
690 **teilnehmen zu können. Alte Menschen werden in unserer Leistungsgesellschaft beiseite**
691 **geschoben – es sei denn, sie verfügen über gefragtes Spezialwissen.**

692 **5.2. Was will Attac?**

693 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert
694 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein
695 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, **sexueller Orientierung**,
696 Alter, **Behinderung**, Herkunft oder Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich
697 zwischen Menschen mit viel und wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch
698 global. Dies bedeutet, dass alle Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier
699 geboren oder eingewandert, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf
700 soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als
701 gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert und entsprechend anerkannt und, wenn als
702 Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

703 **Attac setzt sich ein für „gute Arbeit“ und will ausreichend hohe Löhne und**
704 **Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, für alle – egal, ob die Menschen in**
705 **Deutschland geboren sind, welches Geschlecht sie haben, oder ob es um Tätigkeiten geht,**
706 **die wenig wertgeschätzt werden.**

707 **5.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

708 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter
709 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen, **Schenkungen** und Erbschaften höher **und progressiv**
710 besteuert und Menschen, die über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. **Durch diese**
711 **Maßnahmen und durch höhere Löhne** würde auch mehr Geld für die sozialen
712 Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Attac schlägt konkret vor:

713 ***Solidarische Bürgerversicherung***

714 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen
715 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen
716 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und
717 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum
718 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

719 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf
720 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme
721 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

722 ***Soziale Grundsicherung, gesellschaftliche Teilhabe***

723 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen
724 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht
725 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. **Menschen mit**

726 **Behinderung sollen die notwendige Unterstützung und Ausstattung niedrigschwellig**
727 **erhalten.**

728 **Radikale Arbeitsumverteilung**

729 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale
730 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere
731 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne
732 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch
733 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. **Ein weiterer Grund für die Forderung**
734 **nach radikaler Arbeitszeitverkürzung ist das hohe Einsparungspotential an Arbeitsstunden,**
735 **das für die Anwendung von künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt prognostiziert wird.**

736 **Daseinsvorsorge nicht privatisieren**

737 **Wir beobachten eine zunehmende private Aneignung von Systemen der sozialen Sicherung**
738 **durch Konzerne und Finanzorganisationen weltweit. Die Verteidigung der öffentlichen**
739 **Daseinsvorsorge ist als Beitrag zu verstehen, den Zugriff des internationalen Finanzkapitals**
740 **auf die erkämpften Errungenschaften des Sozialstaats abzuwehren.**

741 **Solidarische Städte**

742 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die
743 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum
744 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den
745 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

746 **6. Flucht/Migration**

747 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein
748 Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

749 **6.1. Was ist das Problem?**

750 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame
751 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die
752 immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale
753 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.
754 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf **Lesbos** ohne Unterkunft,
755 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische
756 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist*innen – ein Hauptakteur bei
757 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.
758 Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier wohnen und
759 arbeiten.

760 Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen politisch, aufgrund
761 ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit verfolgt
762 werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden von deutschen
763 Politiker*innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von rechts
764 instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand **aus der** Zivilgesellschaft
765 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil
766 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
767 ausgleichen.

768 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
769 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
770 über Grenzsicherungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
771 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

772 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-
773 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie Wasser) zeigen ihre Wirkung in
774 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in
775 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen.

776 Kapitalismus, Klimakrise und Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit
777 Kohleenergie Profit erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der
778 Klimaerwärmung, die wiederum Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat
779 vertreibt. Es gibt fließende Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen
780 und Flucht und Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch
781 Waffenexporte aufgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

782 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen
783 des Klimawandels, Krieg und anderem. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale
784 Lebensweise der reichen Industrieländer vielfach ausgeblendet, die auf der Externalisierung ihrer
785 sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den Auswirkungen der
786 Klimakrise, die maßgeblich von den reichen Ländern vorangetrieben wird, deren Auswirkungen
787 aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden zerstört und zwingen
788 zunehmend zur Klimaflucht.

789 Auch europäische Handelspolitiken manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer
790 Abhängigkeiten und verschärfen Elend und Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft
791 besonders betroffen, werden aufgrund ihres Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht
792 besonderen Gefahren ausgesetzt. Den Fachkräftemangel **in den Ländern des** Nordens durch das
793 Abwerben von migrantischen Fachkräften auszugleichen ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert
794 nur die Probleme **in die arm gemachten Länder des Südens aus und behindert deren eigene**
795 **Entwicklung.**

796 **6.2. Was will Attac?**

797 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die
798 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder
799 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und
800 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern
801 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen
802 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus. Deshalb müssen sinnvolle
803 Maßnahmen dort ansetzen.

804 **6.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

805 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:
806 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige
807 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban
808 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der
809 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind
810 **konsequente Bekämpfung von Kriegsursachen**, die Änderung des Asylrechts und die

811 Anerkennung spezifischer Fluchtgründe wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder
812 als Kriegsverweiger*in.

813 **7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.**

814 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen
815 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für
816 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die reichen Länder die
817 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der arm gemachten Länder des Südens. Deshalb
818 ist Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

819 **7.1. Was ist das Problem?**

820 Die Industrialisierung geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der Übernutzung
821 natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die westlichen
822 Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die kapitalistische
823 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und
824 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr
825 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar.

826 Das auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die
827 **Begrenztheit der Ressourcen der Erde** und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.
828 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“
829 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht
830 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und
831 kann nicht darin integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche
832 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private
833 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen. **Der Schutz der Böden vor Übernutzung und**
834 **Zerstörung muss Priorität bekommen.**

835 **7.2. Was will Attac?**

836 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist
837 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in
838 den arm gemachten Ländern des Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der
839 drohenden Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.
840 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf
841 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft umzu-
842 bauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft müssen nicht nur im Hinblick auf ihre Umwelt-
843 verträglichkeit hinterfragt werden.

844 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum
845 der Wirtschaft stehen.

846 **7.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

847 **Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik**

848 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen
849 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates
850 insgesamt.

851 ***Anders wirtschaften und konsumieren***

852 **Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen vor allem Bezieher*innen hoher Einkommen**
853 **und Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum reduzieren, um allen ein gutes Leben**
854 **zu ermöglichen.**

855 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die
856 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich
857 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür
858 produziert werden soll **und was nicht notwendig ist.** Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert
859 werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und vor allem reparierbar sein. In der
860 Nahrungsmittelproduktion ist eine **bedürfnisorientierte, ökologische Landwirtschaft** ohne
861 weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

862 ***Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.***

863 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die **Energiegewinnung zu 100 Prozent**
864 **aus erneuerbaren Energieträgern erfolgen.** Zudem darf die Energiewende der Industrieländer
865 des Nordens nicht auf Kosten der Menschen des Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung
866 mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt werden.

867 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und
868 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine
869 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle bezahlbar zur Verfügung gestellt werden. Die
870 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

871 ***Böden schützen – Landschaften erhalten***

872 **Statt Regenwälder für die Rohstoffgewinnung und die industrielle Landwirtschaft zu roden,**
873 **sollen sie unter Schutz gestellt werden. Reiche Staaten sollten Ausgleichszahlungen leisten.**
874 **In Industriestaaten, wo es immer weniger intakte Böden und unzerstörte Landschaften gibt,**
875 **sollten keine weiteren Flächen bebaut oder für industrielle Landwirtschaft genutzt werden.**
876 **Bevor für Wohnen, Gewerbe und Industrie neue Flächen erschlossen werden, muss geprüft**
877 **werden, ob dieser Bedarf nicht anders zu decken ist, etwa durch die effektivere Nutzung**
878 **vorhandener Flächen. Industrielle Landwirtschaft soll so zurückgebaut werden, dass die**
879 **nötige Agrarwende hin zur ökologischen, die Böden schonende Landwirtschaft umgesetzt**
880 **werden kann. Vergesellschaftung, etwa von Grund und Boden, kann ein Mittel sein,**
881 **ökologischen und sozialen Aspekten den Vorrang vor der Profitmaximierung einzuräumen.**
882 **Klimafreundliche Mobilität für alle**

883 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge
884 an vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

885 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der
886 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss zum Beispiel deutlich reduziert werden, indem
887 hierzulande etwa Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, verboten
888 werden.

889 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
890 naturschonende Mobilität, die auf barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel, auf Fuß- und Rad-
891 Verkehre setzt statt auf Autos und für alle bezahlbar ist. **Die Verkehrswende muss mehr sein als**
892 **eine Antriebswende von Verbrenner zum E-Auto, denn auch E-Autos haben einen enormen**
893 **Ressourcenverbrauch und verstopfen die Städte.**

894 **8. Demokratie**

895 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation und Souveränität **realisiert in**
896 **Strukturen, in denen Menschenwürde** und Grundrechte **gelten. Auf staatlicher Ebene wird er**
897 **mit Begriffen** wie Rechtsstaatlichkeit und **Gewaltenteilung** umschrieben. Er ist damit aber in
898 seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen Versprechen einer
899 „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit und Transparenz gibt, in
900 Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können, bleibt Gegenstand
901 politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede **demokratische**
902 Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung.
903 Politische Bildung ist deshalb ein **zentrales Anliegen** von Attac.

904 **8.1. Was ist das Problem?**

905 Echte Demokratie **ist mehr als** Herrschaftslegitimation: **Sie ist Gesellschafts- und Lebensform.**
906 **Wo die „Herrschaft des Volkes“ auf regelmäßige Wahlen von Volksvertretern beschränkt**
907 **bleibt, ist sie nur ansatzweise realisiert.**

908 **Wenn** zudem Handlungszwänge wie Vorgaben eines „ausgewogenen Wirtschaftswachstums“ in
909 einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3 EU-Vertrag) **existieren,**
910 **kollidiert dies mit demokratischen Idealen.**

911 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
912 Menschen **und Oligarchen** durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln beziehungsweise ihr
913 ökonomisches Kapital einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen
914 haben, insbesondere gegenüber Entscheidungsträgern in Parteien, Parlamenten **und Regierungen,**
915 kann solcher **Lobbyismus** nicht im Sinne von Demokratie sein. **Je asymmetrischer diese**
916 **unterschiedliche Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit von Interessen im**
917 **Willensbildungsprozess ist, desto größer ist die Gefahr, dass Prinzipien von Demokratie und**
918 **Rechtsstaat verletzt werden.**

919 Systeme müssen als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn wesentliche
920 Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind. **Dies gilt**
921 **auch, wenn** Freihandelsverträge über ihre Liberalisierungs- und Regulierungsverpflichtungen im
922 **Interesse** großer Konzerne in Staaten hineinregieren. Noch schlimmer ist es, wenn die EU-
923 Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, **Entscheidungsebenen**
924 **einzuführen,** die den Parlamenten übergeordnet sind.

925 Wachsender Autoritarismus und Rechtspopulismus, wachsende **Überwachung, repressive**
926 **Polizeigesetze** und rechtsextreme Netzwerke sind Alarmzeichen **nicht nur für einen Mangel an**
927 **demokratischen Strukturen. Vielmehr sollen vorhandene Strukturen gezielt geschwächt**
928 **werden.**

929 **Entsprechendes gilt für Meinungsmanipulation in den „Sozialen“ und teils auch in**
930 **traditionellen Medien, wenn dort durch die Ausbreitung "alternativer Fakten" (gezielter**
931 **Falschinformationen), potenziert durch mittels KI erzeugter Fake-Bilder und Fake-**
932 **Videos, die Möglichkeiten der Bürger*innen, sich über die Realität zu einigen, untergraben**
933 **wird.**

934 In die Bresche springen Politiker*innen der extremen Rechten, die sich als die „wahre Stimme des
935 Volkes“ inszenieren, aber zugleich demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen
936 verächtlich machen und missbrauchen. Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber
937 Rechtsextremismus sein und verteidigt werden muss.

938 **Eine vollständige Beschreibung des Problemfeldes Demokratie muss auch anerkennen, dass es**
939 **in vielen Ländern keine allgemeinen, freien und gleichen Wahlen gibt und politische Opposition**
940 **nicht zugelassen oder stark behindert wird. Die überwiegend autoritären Strukturen in diesen**
941 **Ländern sind häufig nicht zuletzt eine Folge von Kolonialismus, Imperialismus und**
942 **neokolonialer Ausbeutung durch die Länder, die sich ihrer eigenen Demokratien rühmen.**

943 **Im globalen Maßstab kann von einem gleichen Zugang zu demokratischen Beteiligungs-**
944 **möglichkeiten nur ansatzweise gesprochen werden. Denken wir nur an die Frage, wer bei**
945 **politischen Sachfragen tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, die**
946 **Verfügung über Eigentum und die Bildung oder das Geschlecht spielen.**

947 **8.2. Was will Attac?**

948 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,
949 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkter Demokratie und demokratischer Gestaltungs-
950 möglichkeiten auf allen Ebenen. Dazu müssen Hemmschwellen für die Beteiligung **systematisch**
951 abgebaut werden. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine
952 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen
953 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden. **Demokratie darf**
954 **nicht nur Herrschaftsform, sie muss auch Gesellschafts- und Lebensform sein, wenn sie**
955 **Bestand haben soll.**

956 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.
957 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. **Unser Ziel ist es,**
958 **die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!**

959 Demokratie ist ein Ideal. **Ihre Umsetzung ist ein offener Prozess. Dieser Prozess erfordert**
960 **permanente Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur, um den Abbau von**
961 **Demokratie zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen. Diese Anstrengungen**
962 **sind zudem Voraussetzung dafür, Grundrechte und die universellen Menschenrechte als**
963 **integralen Bestandteil von Demokratie zu verteidigen und Länder, in denen sie bisher fehlen, auf**
964 **dem Weg, sie zu erreichen, zu unterstützen. Dies tun wir immer auch im Bewusstsein, dass es**
965 **in anderen Ländern und Kulturen durchaus andere Vorstellungen davon gibt, wie**
966 **Demokratie zu gestalten ist.**

967 **8.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

968 **Attac will die Sinne für die Notwendigkeit und Möglichkeit von Demokratisierung in allen**
969 **Lebensbereichen schärfen. Ein wichtiges Instrument sind Bürger*innen-Entscheidungen und andere**
970 **Elemente direkter Demokratie. Sie weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für alle**
971 **sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.**

972 **Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft. In vielen Staaten werden deren**
973 **Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von**
974 **emanzipatorischen Organisationen in Deutschland ist eine dieser Einschränkungen und führt**
975 **zu einer Schwächung der Zivilgesellschaft. Sie muss zurückgenommen und es muss**
976 **klargestellt werden, dass die Beteiligung an der politischen Willensbildung unschädlich ist für**
977 **die Gemeinnützigkeit.**

978 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die
979 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:
980 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale
981 Bewegungen **Hebel** sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und glaubwürdig die
982 Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

983 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit
984 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite
985 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von
986 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im
987 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. **schaden den** Interessen der breiten
988 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,
989 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben. Demokratisierung muss
990 mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue Konzepte der
991 Vergesellschaftung!

992 **9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus**

993 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
994 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle
995 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres Geschlechts
996 Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine andere Welt
997 verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei Attac ein
998 wichtiges Thema.

999 **9.1. Was ist das Problem?**

1000 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
1001 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
1002 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
1003 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene
1004 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
1005 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
1006 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer und arbeiten häufiger in
1007 untergeordneten Positionen.

1008 Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
1009 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
1010 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

1011 Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
1012 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
1013 Lieferketten und anderes. Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen
1014 Prozess jedoch oft nicht gehört. Patriarchale und heteronormative Strukturen sind tief in unserer
1015 Gesellschaft verankert. Auch homosexuelle Männer werden wegen ihrer sexuellen Orientierung
1016 diskriminiert, in manchen Staaten verfolgt und teilweise mit dem Tode bedroht.

1017 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
1018 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer
1019 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden als extremster Form
1020 patriarchaler Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von Gewalt, bei der
1021 es auch um die Demonstration von Macht geht.

1022 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen
1023 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die
1024 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel
1025 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.

1026 **9.2. Was will Attac?**

1027 **Alle Menschen** sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können.
1028 Wir streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen,
1029 soziale und finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in
1030 dem alle Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungs-
1031 prozessen teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen
1032 – weltweit!

1033 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
1034 keine Person mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, weder aufgrund der geschlechtlichen
1035 Identität noch aufgrund der sexuellen Orientierung.

1036 **9.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?**

1037 Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
1038 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
1039 sozial-ökologische Transformation.

1040 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
1041 von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
1042 Verbesserungen und mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
1043 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, zum Beispiel durch geringere
1044 Gruppengrößen und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter
1045 Belastung.

1046 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
1047 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich zum Beispiel für
1048 die Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und
1049 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
1050 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein **Selbstbestimmungsgesetz**, das die
1051 Forderungen von **intersexuellen, nicht-binären, trans und agender Personen nach dem Ende**
1052 **von Diskriminierung und Bevormundung einlöst.**

1053 Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle
1054 Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale
1055 Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben - und eine
1056 erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich.

1057 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
1058 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
1059 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
1060 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
1061 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
1062 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
1063 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale zunutze. Es gibt jedoch auch immer
1064 mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

1065 In Attac achten wir zum Beispiel durch Quotierung und Awareness-Strukturen darauf, dass
1066 Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden. Das FLINTA*Plenum bietet die
1067 Möglichkeit zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter
1068 anderem von den feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen

1069 durch eine befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide,
1070 Gewalt und für eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

1071 **Epilog**

1072 ***Eine andere Welt ist nötig und möglich***

1073 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer
1074 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die
1075 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen
1076 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
1077 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

1078 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure zum Beispiel
1079 mit Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der
1080 Zivilgesellschaft beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten
1081 durchgesetzt haben. Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der
1082 Globalisierung geführt. Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und
1083 internationale Institutionen und Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der
1084 Menschen deutlich zu stärken und Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die
1085 Anhäufung unverschämter hoher Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess
1086 hat es auch ermöglicht, die Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische
1087 Transformation ist weit fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert,
1088 dass der Kolonialismus als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs-
1089 und Aufenthaltsrecht. Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht
1090 für alle Geschlechter verwirklicht.

1091 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
1092 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
1093 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
1094 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
1095 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
1096 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
1097 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
1098 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
1099 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
1100 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
1101 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
1102 schädlicher und unnützer Produkte.

1103 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
1104 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
1105 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der arm gemachten Länder des Südens.

1106 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
1107 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

1108 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
1109 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die
1110 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
1111 und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

1112 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
1113 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
1114 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
1115 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
1116 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
1117 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

1118 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
1119 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig
1120 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
1121 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

1122 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse haben die
1123 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
1124 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
1125 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere
1126 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
1127 Naturzerstörung gestoppt.

1128 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
1129 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien
1130 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
1131 durchgesetzt.

1132 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

1133